

THEMEN AUS DER LETZTEN LANDTAGSSITZUNG:

- Afghanistan: Der Fokus muss auf schnellen Evakuierungen liegen
- Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein
- Grunderwerbsteuer senken – Familien entlasten!
- Bezahlbares Wohnen für Schleswig-Holstein

Afghanistan:

Der Fokus muss auf schnellen Evakuierungen liegen

Dass die Taliban Afghanistan mit so einer Geschwindigkeit einnehmen würden, hat alle westliche Staaten überrascht. Das ist keine Entschuldigung, aber gehört ein Stück weit zur Begründung für das Chaos der vergangenen Tage.

Aktuell ist der Flughafen in Kabul der letzte Weg raus aus dem Land und wir müssen alles dafür tun, dass den Menschen dieser letzte Weg möglichst lange offen bleibt.

Jetzt ist nicht die Zeit für politische Aufarbeitungen. Der Fokus muss auf schnellen Evakuierungen liegen. Auch im Interesse der unzähligen Angehörigen, die sich auch bei mir in den letzten Tagen gemeldet haben, weil sie verzweifelt versuchen für ihre Familienmitglieder einen Weg raus aus Afghanistan zu finden.

Wir begrüßen das schleswig-holsteinische Landesaufnahmeprogramm. Wir kennen die Herausforderungen – am Ende ist es in dieser schwierigen Lage eine Frage der Haltung.



„Bedrohten Menschen Schutz zu bieten, insbesondere Frauen, Mädchen und Kindern, ist das Gebot der Stunde!“

(Serpil Midyatli)

Der Bevölkerungsschutz in Schleswig-Holstein muss auf den Prüfstand!

Deutschland ist im Bevölkerungsschutz im internationalen Vergleich gut aufgestellt. Dass wir in der Lage sind, schnell und flexibel Ressourcen zu mobilisieren und bedarfsorientiert einzusetzen, haben wir zuletzt bei der Hochwasserkatastrophe gesehen. Dennoch muss der Bevölkerungsschutz in Schleswig-Holstein auf den Prüfstand!

*„Ich will an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen, den vielen Hundert Helfer*innen zu danken, die ohne zu zögern aus Schleswig-Holstein aufgebrochen sind, als es notwendig war.“*



Corona, Cyberkriminalität und vor allem auch der Klimawandel mit Dürren, Starkregen, Bränden, und Überflutungen haben Einfluss auf den Bevölkerungsschutz.

„Wir müssen den Klimawandel mit aller Entschiedenheit bekämpfen – das haben die Ereignisse dieses Sommers uns deutlich vor Augen geführt. Das ist die beste Vorbeugung!“ (Beate Raudies)

Was wir fordern:

- Wir müssen die Katastrophenschutzplanung überprüfen, Gefahrenabwehrplanung und Pandemieplanung laufend aktualisieren.
- Wir können uns vorstellen, ein „Blaulicht-Ministerium“ einzurichten und dort alle Zuständigkeiten zu bündeln.
- Wir müssen den Bedarf an Fahrzeugen und Ausrüstung für alle Einheiten ermitteln und dann auch beschaffen, die vorhandene Ausrüstung weiter modernisieren.

Du willst mehr wissen?

- Unser Antrag: <https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/03100/drucksache-19-03187.pdf>
- Die Rede von Beate: <https://www.spd-fraktion-sh.de/2021/08/25/der-bevoelkerungsschutz-in-schleswig-holstein-muss-auf-den-pruefstand/>

Familien verdienen eine realistische Chance auf die eigenen vier Wände!

Häuser und Baugrundstücke sind so teuer wie nie! In Husum stiegen die Hauspreise zwischen 2018 und 2020 um rund 20 Prozent. In Eutin im selben Zeitraum um 25 Prozent. In Schleswig sogar um über 30. Und das ist noch nicht das Ende der Fahnenstange – in einigen Regionen stiegen die Preise binnen 24 Monaten um mehr als 50 Prozent. Der Traum vom Eigenheim – aber auch von der Eigentumswohnung – rückt damit für viele in unerreichbare Ferne. Kaum jemand kann genug Geld zur Seite legen, um gegen diese Entwicklung anzusparen. Das darf uns als Politik nicht kalt lassen. Denn gute Politik muss beides im Blick behalten: Bezahlbare Mieten ebenso wie realistische Chancen auf die eigenen vier Wände. Beides gehört untrennbar zusammen!



**Grunderwerbsteuer
senken -
Familien entlasten!**

SPD FRAKTION
SCHLESWIG-
HOLSTEIN

Wir haben im Landtag gefordert, die Grunderwerbsteuer zu senken!

Nicht für Firmen, sondern für Familien, die zum ersten Mal eine Immobilie kaufen. Nicht für Ferien- oder Zweitwohnungen, sondern für Menschen, die hier tatsächlich leben. Und mit Spielraum für zusätzliche Entlastungen bei Kindern.

Mal angenommen, wir senken den Steuersatz von heute 6,5 auf dann 3 Prozent. Und nehmen wir mal an, dieser Satz würde sich bei einer Familie mit zwei Kindern um weitere 0,5 Prozent pro Kind verringern. Was würde das bedeuten, wenn diese Familie eine Immobilie für 450 Tausend Euro kauft? Heute würde die Familie etwas über 29 Tausend Euro Grunderwerbsteuer zahlen. Bei drei, bzw. zwei Prozent zahlt diese Familie noch 9 Tausend Euro, mehr als 20 Tausend Euro weniger als heute. Das ist keine Kleinigkeit. Denn die Grunderwerbsteuer ist in der Regel beim Kauf vollständig aus dem Eigenkapital zu erbringen. Eine echte Hürde für viele Käuferinnen und Käufer!

Das Land verdient bei den explodierenden Immobilienpreisen kräftig mit. Die Zeit der Lippenbekenntnisse ist vorbei.

„Wir finden: Familien verdienen eine realistische Chance auf die eigenen vier Wände! Das Land hat es in der Hand, die Grunderwerbsteuer für Familien zu senken. Genau das wollen wir und dafür werbe ich um Ihre Unterstützung.“ (Serpil Midyatli)

Die ganze Rede findest Du hier:

<https://www.spd-fraktion-sh.de/2021/08/25/familien-verdienen-eine-realistische-chance-auf-die-eigenen-vier-waende/>

Bezahlbares Wohnen:

Mieter*innenschutz darf nicht bloß ein leeres Wahlkampfversprechen sein

Wir haben als SPD gleich zu Beginn der Legislaturen in Land und Bund damit gestartet, Verbesserungen im Wohnungsbau zu erarbeiten. Mehrere Jahre harter Verhandlungen liegen hinter uns. In Schleswig-Holstein sind wir weit und breit die einzige Fraktion, die sich für diese Belange mit vielfältigen Parlamentsinitiativen zu Wort meldet.

Wir wissen im Land um unsere Verantwortung bei dem drängenden sozialen Thema Wohnen. Deshalb handeln wir seit Langem. Jetzt ist das Land am Zug. Es ist beim Wohnungsbau ein zentraler Akteur.



Wir fordern die Landesregierung deshalb dringend auf, unserem Vorschlag zu folgen und entsprechende Verordnungen zu erlassen, damit da endlich Bewegung reinkommt. Diese ist zentral: für Wohnungsbau, für Städtebau, für wirtschaftliche Entwicklungen in unseren Innenstädten und für den sozialen Frieden. Zuletzt hatte die Landesregierung die Verordnung über die Kappungsgrenze und die Mietpreisbremse abgeschafft mit der Begründung, es gäbe keine angespannten Wohnungsmärkte in Schleswig-Holstein. Das sehen wir komplett anders – und auch schon die vorherige Landesregierung. Denn diese hatte ja zahlreiche Kommunen in SH als angespannten Wohnungsmarkt ausgewiesen. Grund der Abschaffung war einzig und allein der Druck der Lobby auf CDU und

FDP, die immer noch auf den Markt verweisen, der nicht alles alleine regeln kann. Dass dies nicht funktioniert, ist offensichtlich.

Was unser Vorschlag war?

„Die Landesregierung wird aufgefordert, die Verordnungsermächtigungen nach § 201a und § 250 Baugesetzbuch auszuschöpfen, um Kommunen mit angespannten Wohnungsmärkten in Schleswig-Holstein die Anwendung der mit dem Baulandmobilisierungsgesetz neu geschaffenen Instrumente des Umwandlungsstopps, der Satzungsermächtigung zur Erweiterung der Vorkaufsrechte, der erleichterten Befreiungen von Bauleitplänen und die leichtere Anwendung des Baugebots zu ermöglichen.“ (Antrag 19/3210)

Zu sperrig? Schau mal in unser FAQ zu dem Thema:

<https://www.spd-fraktion-sh.de/faq-wohnen/>

Impressum

Herausgeberin SPD Landtagsfraktion Schleswig-Holstein
Pressesprecher i. V. Felix Deutschmann
Layout Marie Strake

Postfach 7121, 24171 Kiel

SPD **FRAKTION
SCHLESWIG-
HOLSTEIN**